Haushaltsrede 15.12.2025 – Stadtrat Hildesheim - Ralf Jürgens – Die Linke

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebes Publikum

Derzeit sind Arbeiter und Angestellte in Hildesheim und in der Region von erheblichem Stellenabbau besonders in Kraftfahrzeug-Zulieferindustrie betroffen. Gleichwertige zivile Arbeitsplätze sind nicht in Sicht. Dadurch verschlechtert sich die soziale Lage für viele Menschen.

Wir als Die Linke haben hier im Stadtrat die Einrichtung eines Runden Tisches vorgeschlagen, um die sozialökologische Transformation der Industrie und der Wirtschaft zu begleiten. Dieses Forum aus Politik und Gesellschaft ist bislang noch nicht auf dem Weg.

In Hildesheim steigen insbesondere die Neuvermietungsmieten rasant. Viele Menschen suchen eine neue Wohnung. Es gibt viele wohnungslose Menschen in Hildesheim.

Hildesheim ist von der Landesregierung zur Stadt mit angespanntem Wohnungsmarkt erklärt worden. Etwa 1350 Wohnungen stehen dennoch leer. Das passt nicht zusammen!

Und der Neubau von Sozialwohnungen, den dankenswerter Weise vor allem die städtische Wohnungsbaugesellschaft betreibt, entspricht bei weitem nicht dem gesamtstädtischen Bedarf.

Dies zur sozialen Lage vorausgeschickt - nun zum aktuellen Haushalt:

Wir tragen die von SPD und Grünen, DIE PARTEI und CDU/ FDP-Gruppe teils vorgetragenen 52 gemeinsamen Haushaltsbegleitbeschlüsse mit.

Zusammen mit SPD, Grünen und DIE PARTEI haben wir 12 Haushaltsanträge gemeinsam eingebracht. Einige Punkte haben wir beigetragen:

Angesichts des Erstarkens antidemokratischer Kräfte wollen wir die städtische Erinnerungskultur stärken, um die Verteidigung von Menschenwürde, Demokratie und Menschenrechte zu erneuern. Dafür soll in der Stabsstelle Kultur aus einer Teilzeitstelle eine Vollzeitstelle werden. Über den gemeinsamen Haushaltsantrag hinaus, fordern wir als Linke die Einrichtung eines aktiven zentralen Erinnerungshauses in Hildesheim als außerschulischen Lernort, wo Platz für Dauer- und Wanderausstellungen, für Workshops, Bildungs- und Kulturveranstaltungen ist.

Hildesheim, ist seit 2020 Mitglied des von Hiroshima und Nagasaki initiierten weltweiten Friedensbündnisses Mayors for Peace – Bürgermeister für den Frieden. Das Ziel dieses Bündnisses ist das weltweite Verbot der Atomwaffen. Das Bündnis führt jährlich einen Malwettbewerb zum Thema Frieden für Kinder zwischen 6 und 15 Jahren durch. Es freut uns sehr, dass Hildesheim sich nun beteiligen wird.

Wir haben angeregt, die Übernahme von Mietrückständen in Notlagen auszuweiten.

Ursächlich für Notlagen sind hohe Mieten, Nebenkostenabrechnungen und Kündigungen.

Auf unsere Initiative hin wurde die Behebung des unhaltbaren Zustands der fehlenden öffentlichen Toiletten am Bahnhof und ZOB immerhin als städtischer Prüfauftrag aufgenommen.

Wir begrüßen, dass nun das städtische Projekt Housing First (Wohnung zuerst) zur Ermöglichung einer eigenen Wohnung für Obdachlose läuft. Es wird notwendig sein, das Projekt solange fortzuführen, bis alle Menschen eine eigene Wohnung haben.

Als Linke wollen wir darüber hinaus erreichen:

Kostenloses Schulmittagessen für alle Kinder und Jugendliche. Im Augenblick essen etwa ein Viertel aller über 8000 Schülerinnen. In den 24 Schulen in städtischer Trägerschaft werden derzeit 2250 Essen ausgegeben. Wir wollen, dass der Preis schrittweise abgesenkt wird.

Wir wollen, das die Wohnungsnot in Hildesheim endlich ernst genommen wird. Wir wollen eine städtisches Wohnungsamt zur Unterstützung bei der Wohnungssuche und der Wohnungsvermittlung schaffen

Wir wollen die Erarbeitung eines Programms zur Wohnraumumverteilung. Es soll ein Fonds mit einem Grundstock 50 T€ eingerichtet werden und durch Einwerbung von Spenden erhöht werden. Ziel ist die Förderung des Wohnungstausches von Seniorinnen, die möglicherweise in zu groß gewordenen Wohnungen leben, mit Familien mit Kindern, die zu groß für ihre Wohnungen geworden sind. Das trifft häufig auch für Niedrigeinkommensbezieher zu.

Wohnungsgenossenschaften und gemeinschaftliche Wohnprojektgruppen sind ein zentraler Baustein für bezahlbares Wohnen und stabile Nachbarschaften. Wir wollen das Entstehen neuer Wohnungsgenossenschaften und Projektgruppen fördern.

Wir wollen rassistischen Tendenzen und strukturellem Rassismus in Hildesheim entgegentreten. Deshalb unterstützen wir die Geflüchteten auf Ihrem Weg zur Erlangung der vollen Bürgerrechte. Die diskriminierende Bezahlkarten für Geflüchtete sollen abgeschafft werden.

Wir unterstützen den Asyl e.V. und fordern die Bereitstellung von 10t€ für die Beschaffung moderner Computertechnik.

Wir wollen, dass wir als Stadtgesellschaft die Seenotrettung von Flüchtlingen unterstützen. Dazu soll die Stadt Spenden sammeln zur Unterstützung des Seenotrettungsschiffes NADIR.

Wir wollen die öffentlichen Flächen der Stadt verbessern und barrierefreier gestalten. Dazu soll der zweite Hauptbusumsteigepunkt, die Schuhstraße, auf der Seite der Fußgängerzone barrierefrei für Niederflurbusse werden. Der Marktplatz soll so umgestaltet werden, dass auch die Wochenmarktstände, Weihnachtsmarkt oder

Veranstaltungen, Gastronomie und Einwohnermeldeamt über den Marktplatzeingang barrierefrei zugänglich sind.

Gegen die gesundheitlichen Gefahren durch immer heißere Sommer wollen wir die Zahl der öffentlichen Trinkbrunnen auf acht erhöhen.

Wir wollen die Mitbestimmung der Bürger ausweiten. Dazu wollen wir den Bürgerhaushalt wieder aufnehmen. Es wird in kritischer Analyse der Erfahrungen des Ersten Hildesheimer Bürgerhaushaltes und der Auswertung der Erfahrungen in anderen Städten, ein Umsetzungskonzept erstellt. Es soll ein jährliches Budget eingerichtet werden, dass für von Bürger*innen eingereichte Projekte verwendet wird. Alle Bürger*innen der Stadt können Projekte einreichen. Die Entscheidung darüber, welches Projekt gefördert wird, wird in Form von direkter Demokratie durch Bürger*innen vorentschieden. Dafür sollen für 2026 und 2027 jeweils 150.000 € bereitgestellt werden.

Wir wollen, das in das ehemalige Galeria Kaufhof-Gebäude Leben hereinkommt. Als ersten Schritt wollen wir eine Bürgerbefragung zur Ideensammlung durchführen, trotz der Tatsache, dass das Gebäude derzeit durch kapitalistische Interessen geblockt ist und leersteht. Wir fordern Mitbestimmung der Bürgerinnen und Bürger der Stadtgesellschaft über eine nachhaltige Zukunft des zentralen Gebäudes.

Wir wollen einen Jugendwettbewerb für einen barrierefreien und demokratischen Marktplatz ermöglichen. Der Behinderten- und Inklusionsbeirat bemängelt den holprigen Zustand des Marktplatzes. Eine Umgestaltung ist auch aus historischen Gründen erforderlich. Auf dem Marktplatz wurden am 27.März 1945 30 bis 50 Menschen, vor allem italienische Zwangsarbeiter, von der Gestapo am Galgen aufgehängt. Dieses Menschheitsverbrechen in angemessener Form auf dem Marktplatz darzustellen und zu verurteilen, ist eine dringende Aufgabe. Die Erinnerung an die grausame Vergangenheit des Naziregimes mahnt uns zur Verteidigung demokratischer Errungenschaften in der Gegenwart und zur Gestaltung der menschenwürdigen Zukunft. Wir wollen die Jugend ermutigen, Vorschläge für ein neues Erinnern in einem Wettbewerb zu erarbeiten.

Wir wollen die Förderung der Kulturfabrik um 40T€ ausweiten und dem „Haus der Vielfalt“ des Vereins Brücke der Kulturen 20 T€ als Betriebskostenzuschuss für 2026 und 2027 bereitstellen.

Wir wollen am Hauptbahnhof und Zentralen Busbahnhof zumindest als Übergangslösung bald öffentliche Toiletten in einem Container bereitstellen, bis die Bahn endlich in die Pötte kommt. Daran soll sich die Bahn finanziell beteiligen

Noch ein Wort zum Wasserkamp:

Wir halten genau wie die Grünen nichts von einem Neubaugebiet Wasserkamp. Neben der Beeinträchtigung von Naturschutz und Naherholung würde die erheblich erhöhte Verkehrsbelastung durch zukünftige Bewohner zu vermehrten Staus in der Marienburger Straße führen. Eine U-Bahn gibt’s hier nicht!